

Allgemeines Jüdisches Familienblatt

Leipziger Jüdisches Familienblatt * Leipziger Jüdische Zeitung

WOCHENBLATT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES JUDENTUMS

Anzeigenpreise: 6 gespalt. mm-Zeile 15 Pf., 3 gespalt. Textzeile 60 Pf., Familienanzeigen für Abonnenten gegen Vorzeigung der bezahlten Monatsquittung ermäßigte Preise. Anzeigen werden in unseren Geschäftsstellen entgegengenommen. Anzeigenschluß Dienstag abend. Anzeigengebühren von auswärts werden auf Postscheckkonto Leipzig Nr. 216 90 unter „Allg. Jüd. Familienblatt“ erbeten. Für Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und für Platzvorschrift kann keine Gewähr geleistet werden. Bei Klagen gilt die Zuständigkeit des Amtsgerichts Leipzig als vereinbart.

Verlag und Redaktion:
Allgemeines Jüdisches Familienblatt
Leipzig, Gerberstraße 48/50 — Telephon 215 16
Postscheckkonto Nr. 216 90

Erscheint jeden Freitag. — Redaktionsschluß Dienstag mittag
Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Bezugspreise: Abonnenten werden bei allen Postämtern angenommen. Postbezug 80 Pfennige monatlich, 2,40 Mark vierteljährlich exkl. Bestellgeld. Streifenbezug für Deutschland, Oesterreich, Saargebiet, Luxemburg, Danzig, Memelgebiet 1,20 Mark monatlich, für das übrige Ausland 1,50 Mark. Bestellungen nehmen entgegen in Leipzig: Hauptgeschäftsstelle, Gerberstr. 48/50; Buchhandlung M. W. Kaufmann, Brühl 8; M. Gonzer, Berlin N 24, Oranienburger Str. 26; M. Laufer, Chemnitz, Kasernenstr. 8; Dresdner Redaktion: Leon Kesten, Kaulbachstraße 25

Noch einmal: Warum die Orthodoxen den Kampf um das Wahlrecht verraten haben?

An die

Redaktion des Allgemeinen Jüdischen Familienblattes, Leipzig

Auf Grund des § 11 des Pressegesetzes ersuchen wir Sie hierdurch um Veröffentlichung nachstehender Berichtigung zu Ihrem in Nr. 50 des Allgemeinen Jüdischen Familienblattes erschienenen Aufsatz: „Warum die Orthodoxen den Kampf um das Wahlrecht verraten haben.“

Es ist un wahr, daß der in nichtöffentlicher Sitzung gefaßte Beschluß über Festsetzung eines Gehaltes „basiert auf einem Schachergeschäft, das sie (die Orthodoxen) mit den Liberalen trieben ...“

Die volle Aufklärung über die Gründe, die zu dem Beschluß geführt haben, kann erst erfolgen, wenn die Gemeindeversammlung für diesen Teil der nichtöffentlichen Verhandlungen die Aufhebung der Nichtöffentlichkeit ausgesprochen hat. Soviel aber darf schon jetzt gesagt werden:

Wahr ist vielmehr, daß der entsprechende Antrag von der liberalen Fraktion ausgegangen ist, daß die Orthodoxen von dem Antrage erst, nachdem die Mitglieder der Volkspartei und Paole Zion die Sitzung verlassen hatten, in dem Augenblicke von dem Antrage Kenntnis erhielten, als dieser in der nichtöffentlichen Sitzung gestellt wurde, und daß die liberale Fraktion auch über hinreichend Stimmen verfügte, um den Beschluß auch ohne Unterstützung der Orthodoxen zu fassen.

Die liberale Fraktion der Gemeindeversammlung der israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig.
Dr. Goldschmidt.

An die

Redaktion des Allgemeinen Jüdischen Familienblattes, Leipzig

Auf Grund des § 11 des Pressegesetzes ersuchen wir Sie hierdurch um Veröffentlichung nachstehender Berichtigung zu Ihrem in Nr. 50 Ihres Blattes erschienenen Aufsatz: „Warum die Orthodoxen den Kampf um das Wahlrecht verraten haben.“

Es ist un wahr, daß der in nichtöffentlicher Sitzung gefaßte Beschluß über Festsetzung eines Gehaltes auf einem Schachergeschäft, das sie (die Orthodoxen) mit den Liberalen trieben, basiert.

Wahr ist vielmehr, daß der entsprechende Antrag von der liberalen Fraktion, die die Mehrheit hat, ausgegangen ist; und daß unsere Mitglieder von dem Antrage erst, als dieser in der nichtöffentlichen Sitzung gestellt wurde, Kenntnis erhielten.

Hochachtungsvoll

Die demokratische orthodoxe Fraktion der israelitischen Gemeindevertretung in Leipzig.
I. A.: Samuel Hodes.

Wir haben den beiden Berichtigungen auf Grund des Pressegesetzes Raum gewährt, müssen jedoch hierzu bemerken, daß dieselben unsere Angaben in der letzten Nummer nur bestätigen. Die Angabe, daß der Antrag über die Festsetzung eines Gehaltes, respektive einer Gehaltserhöhung, von der liberalen Fraktion ausging, ändert an der Tatsache nichts. Vielmehr erscheint uns diese Motivierung insofern eigenartig, als ein solcher Beschluß nach der bestehenden Geschäftsordnung der Gemeindeverwaltung doch erst vom Vorstand gefaßt werden muß, in dem die Herren Goldrei und Hodes von der demokratisch-orthodoxen Fraktion sitzen. Auch ist es der Öffentlichkeit nicht unbekannt, wie sehr

Im Netz der Weltpolitik

Durch die Inaugurierung des modernen politischen Zionismus ist das Schicksal des jüdischen Volkes in das lebendige Getriebe der Tagespolitik in einer Weise eingefügt worden, daß die Juden, wenn auch nicht unabhängig, so doch in einem gewissen Maße aktive Mitspieler bei der Gestaltung ihres Volksschicksals geworden sind. In diesem Emporheben des jüdischen Volkes vom Objekt ihrer Geschichte zum handelnden Subjekt lag ein ungeheurer moralischer Fortschritt und lagen Chancen vielfältigster Art. Allerdings ist überall da, wo Licht strahlt, auch Schatten vorhanden. Und die neuen Chancen jüdischer Selbsthilfe sind von neuen Gefährdungen, die aus der Verflechtung der weltpolitischen Interessen erwachsen, begleitet. Diese neue Situation verlangt politisches Können. Die Juden haben jedoch, als Gesamtheit genommen, im Laufe ihrer langen Leidenszeit in der Zerstreuung die Kunst der Eigenpolitik eingeübt, und der Prozeß der politischen Erziehung dauert naturgemäß lange.

Gerade die momentane Situation der zionistischen Politik ist ein vollgültiger Beweis, in wie starkem Maße die Palästina-Politik des jüdischen Volkes, der zentrale Ausdruck der jüdischen Wiedergeburtbewegung, in innigem Konnex mit den Ereignissen im gesamten Vorderen Orient und darüber hinaus mit der Entwicklung in der ganzen Welt steht.

Die englische Oberhausdebatte über Palästina blieb ebenso resultatlos, wie die Verhandlungen im Unterhause. Man sprach wieder von expropriierten Arabern, die nicht existieren, und von Milderungen der Palästina-Politik, die in keinem Vergleiche zu der Verschärfung stehen, welche die Lage der Juden durch das Weißbuch erfahren hat, von kleinen Verbesserungen, welche die absteigende Linie der Zionistenfreundlichkeit Englands nicht verhüllen können. Da die Wahl in Whitechapel trotz

des fühlbaren Ausfalls der jüdischen Stimmen doch mit einem knappen Siege der Arbeiterpartei geendet hat, fällt jetzt auch dieses Stimulans weg, welches bisher die englische Regierung zu unklarer Mäßigung veranlaßt hat.

Unterdessen wird von einer neuen Machtausdehnung des Wahabitenherrschers Ibn Sauds durch die Annexion Assirs berichtet. Dieser bedeutende Araberkönig, der mit England in Vertragsverhältnis steht, ist der eigentliche Gegenpol der zionistischen Bewegung. Mit dem Aufstieg dieses Führers des arabischen Nationalismus ist das Niedergleiten der Balfour-Politik augenfällig verbunden. Mit der Ausdehnung der Wahabitenherrschaft stand auch der Drusenaufruf in dem französischen Mandatsgebiete Syriens und des Libanon im Zusammenhange. Ebenso dürfte die als bevorstehend gemeldete Ersetzung des Emir Abdallahs von Transjordanien durch einen Ibn Saud bestehenden Fürsten auf die Gunst der englischen Regierung gegenüber den Wahabiten zurückzuführen sein. Es ist dieselbe Gunst, die England den Zionisten entziehen will. Lord Balfour stützte seine Middle-East-Politik auf die Juden, auf ein von westlicher Kultur durchdrungenes Mittlervolk, welches wie kein anderes dazu geeignet war, westliche Zivilisation den halbnomadischen Stämmen zu bringen, welche die Einwohner des Mittleren Ostens bilden. Seit der Krise in Indien, wo England die Stimmen der Mohammedaner dringend braucht, und dem Aufstieg Ibn Sauds, dem es gelungen ist, einen Teil der arabischen Stämme unter seiner Herrschaft zu vereinigen, scheint Lord Passfields Kolonialamt eine andere Taktik zu befolgen. Er stützt seine dortige Politik nicht auf die hochdisziplinierten Juden in Palästina, deren aufstrebende Kolonisation günstige Zukunftsaussichten für eine nationale Konsolidierung des jüdischen Volkes bietet, sondern auf die Araber, bloß weil diese

sich sonst immer der Finanzausschuß gegen jede Erhöhung des Ausgabenetats, auch wenn es sich um kleinste Beträge handelt, wehrt. Wenn also der Finanzausschuß und die liberale Fraktion sich dieses Mal zu einer Gehaltserhöhung bereit gefunden haben, so darf es nicht weiter Wunder nehmen, daß dieser Fall Mißtrauen erweckt, zumal der Beschluß am Tage einer Gemeindeversammlung durchgeführt wurde, auf dem der Antrag der Volkspartei auf Gewährung des freien Wahlrechts zur Debatte gestellt war. Wir finden deshalb die Berichtigung der liberalen Fraktion, nämlich, daß die Orthodoxen von dem Antrage erst in der nichtöffentlichen Sitzung Kenntnis erhielten, doch etwas eigenartig. Noch eigenartiger finden wir das plötzlich so offene Herz der Liberalen. Wir würden es begrüßen, wenn die Liberalen auch in anderen Dingen ein so offenes Herz zeigen würden. Verwunderlich bleibt es, daß man das Gehalt der kleinen Leute, wie das der Schomrin u. a., abgebaut hat, während man, trotz

der so häufig betonten ungünstigen Finanzlage, das Gehalt eines einzelnen erhöhte. Schließlich glauben wir, hätte auch die Volkspartei dieser Gehaltserhöhung zugestimmt, wenn sie parallel mit einer Gehaltserhöhung der kleinen Beamten beschlossen worden wäre. Aber diese einseitige Handlungsweise erfordert Protest. Und dies um so mehr, als das Zusammenfallen der Umstände Berechtigung zu Vermutungen gibt, die man nicht ohne weiteres von der Hand weisen kann. Beide Berichtigungen atmen denselben Geist. Dieser Geist ist es, der uns in Erstaunen versetzt und der die Liberalen dazu verführte, für orthodoxe Belange einzutreten, gegen die sie bisher waren. Hoffen wir, daß diese Umstellung der Liberalen sich in jeder Beziehung für die Zukunft günstig auswirkt, damit unser Verdacht sich als nicht gerechtfertigt erweisen kann.

Bei Redaktionsschluß erhalten wir noch eine Berichtigung, die wir jedoch aus technischen Gründen nicht mehr bringen können. Wir verweisen auf die nächste Nummer! A. L.